

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Jugendhilfeausschusses am 05.03.2009**

öffentlich

Ort: Amt für Kinder, Jugend und Familie
Schopenhauerstraße 4
Raum 117
06114 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Nowotny	stimm.b.Mitgl.	ab 16.50 Uhr anwesend
Frau Heike Wießner	„	ab 16.15 Uhr anwesend
Frau Ute Haupt	„	
Herr Hendrik Lange	„	
Frau Hanna Haupt	„	
Herr Klaus Hopfgarten	„	
Frau Elke Schwabe	„	ab 16.10 Uhr anwesend
Frau Dr. Regine Stark	„	
Herr Leonhard Dölle	„	
Frau Beate Gellert	„	
Frau Antje Klotsch	„	
Herr Uwe Kramer	„	
Herr Detlef Paul	„	
Herr Dr. Peter Piechotta	„	
Herr Winfried Weber	„	
Herr Helmut Becker	berat.Mitgl.	bis 17.30 Uhr anwesend
Frau Renate Leonhard	„	
Frau Peggy Rarrasch	„	
Frau Dr. Christine Slomka	„	bis 17.10 Uhr anwesend
Frau Katharina Brederlow	„	
Herr Tobias Kogge	„	
Frau Petra Schneutzer	„	

Entschuldigt fehlen:

Herr Klaus Adam	stimm.b.Mitgl.	entschuldigt
Herr Ralf Berger	berat.Mitgl.	entschuldigt
Frau Dagmar Deckwerth	„	entschuldigt
Herr Richter Bruno Glomski	„	entschuldigt
Herr Max Privorozki	„	
Frau Susanne Wildner	„	entschuldigt

- . Kinder- und Jugendsprechstunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.09
- 4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
- 5. Anhörung des Vereins lebens(t)raum e.V.
- 6. Anhörung des Vereins Congrav new sports e.V.
- 7. Beschlussvorlagen
- 8. Bericht Hilfen zur Erziehung (HzE)
Berichterstattung: Frau Brederlow, amt. Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie
- 9. Anträge von Fraktionen und Stadträten und sachkundigen Einwohnern
- 10. Mitteilungen
- 11. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 12. Arbeitsplanung
- 13. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 14. Anregungen

zu Kinder- und Jugendsprechstunde

Da keine Kinder und Jugendlichen zur Sprechstunde gekommen waren, entfiel diese.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Hanna Haupt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Zustellung der Einladung als auch die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Hanna Haupt stellte die Tagesordnung fest .
Diese wurde ohne Änderungen bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 12.02.09

Die Niederschrift wurde ohne Änderungen genehmigt.

zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse

Frau Hanna Haupt gab bekannt, dass in der nichtöffentlichen Sitzung am 12.02.09 die Euro-Schulen gemeinnützige Gesellschaft für berufliche Bildung und Beschäftigung die unbefristete Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe erhalten hat.

zu 5 Anhörung des Vereins lebens(t)raum e.V.

Frau Hanna Haupt begrüßte die beiden Vertreter des Vereins , Herrn Menke und Frau Franke.

Herr Nenke stellte den Verein als Selbsthilfegruppe für Eltern mit körper-, geistig- und mehrfach behinderten Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen vor. Er informierte über Aktivitäten, Veranstaltungen und das Ziel des Vereins der Aufbau eines Wohnprojektes und Familienunterstützende Dienste sind. Angedacht ist auch, dass der Verein eine Hortbetreuung anstrebt.

Anfrage durch ein Mitglied (StR) welche Kontakte innerhalb des Sozialraumes bestehen.

Herr Nenke antwortete, dass ein Netzwerk aufgebaut ist, u.a. läuft eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Ideal e.V.

Frau Diana Franke stellte sich als ehrenamtliche Vereinsvorsitzende vor. Sie sprach an, dass der Verein sich in einer größeren Runde mit verschiedenen Leuten, u.a. auch vom Jugendamt, bekannt gemacht hat und Kontakte pflegt.

Herr Kogge sprach an, dass er von verschiedenen Eltern angesprochen wurde, dass er sich dafür einsetzen möchte, dass es in Halle eine Hortbetreuung für diese Kinder gibt. Für wie stark notwendig, vor allem für die 5. –7. Klässler sieht dies der Verein auch an. Wird der Verein durch Sponsoren unterstützt.

Frau Franke antwortete, dass sie auch an der Schule „Am Lebensbaum“ als Mutti und Elternratsvorsitzende agiert. Die Problematik der fehlenden Hortbetreuung für diese Kinder wird immer wieder durch Eltern angesprochen. Von den dort 99 Schülern haben sich 45 Eltern für eine Hortbetreuung ausgesprochen. Schule hat in der Regel bis 14.30 Uhr geöffnet, dann werden die behinderten Kinder und Jugendlichen nach Hause gefahren. Dort muss dann eine Betreuungsperson da sein, was für viele Eltern bedeutet, dass diese keiner Arbeit nachgehen können. Nicht immer sind Großeltern für eine Betreuung verfügbar. Die Eltern an der Astrid Lindgren Schule haben das gleiche Problem. Ein Bedarf ist auf jeden Fall da und viele Eltern warten auch darauf, dass endlich eine Möglichkeit geschaffen wird.

Herr Kogge fragte an, ob sich der Verein lebens(t)raum in der Lage sieht, sich dieses Problems anzunehmen und eine Hortbetreuung durchführen zu können.

Frau Franke antwortete, dass nur sie als Verein momentan dafür in Frage kommen könnten, dies tatsächlich anzubieten. Es gibt bereits ein heilpädagogisches Konzept. Der Verein kann sich das vorstellen, aber nur mit der notwendigen finanziellen Unterstützung für Personal- und Sachkosten.

Herr Kogge fragte an, ob er dies als Feststellung oder Forderung verstehen darf.

Frau Franke antwortete, dass der Verein sich die Unterstützung erhofft, welche auch andere Vereine in der Stadt erhalten.

Herr Nenke sprach an, dass sich der Verein vorstellen kann, einen Hort zu betreiben, wenn dieser finanziert wird. Da sie als Verein erst seit zwei Jahren tätig sind, verfügen sie über keine finanziellen Ressourcen. Er sprach an, dass er als Unternehmer, welcher selbst keine behinderten Kinder hat, diese Vereinstätigkeit für enorm wichtig hält und auch gern hier mit arbeitet. Es gibt einige Sponsoren des Vereins, ohne deren Unterstützung vieles nicht möglich wäre. U.a. werden auch Ferienfreizeiten für die behinderten Kinder über Sponsoring mit finanziert, so dass sich der Eigenanteil der Eltern in Grenzen hält.

Frau Franke ergänzte, dass es einige Projekte gibt, welche der Verein durchführt, u.a. „Mitteilungswert“, Pflege der Geschwisterkontakte, Film- und Kinoabende als auch Weiterbildungen für Assistenten.

Es gab keine weiteren Anfragen zum Verein.

Frau Hanna Haupt dankte Frau Franke und Herrn Nenke für deren Vorstellung des Vereins.

zu 6 Anhörung des Vereins Congrav new sports e.V.

Frau Hanna Haupt begrüßte Herrn Andrae und Frau Bielig.

Herr Andrae stellte sich als Vorstandsvorsitzender des Congrav new sports e.V. vor und sprach an, dass er seit Gründung des Vereins mit dabei ist. Er sprach an, dass sich der Verein sich mit Individualsportarten und den daraus resultierenden Jugendkulturen beschäftigt. U.a. zählen hierzu BMX, Skaeteboarding, Inline-Skating. Seit 2002 gibt es diesen Verein. 2007 fiel das Mietverhältnis einer BMX-Halle weg. Als Alternative wurde in der Hafenstraße eine kleine Skateranlage aufgebaut. Beim Skateparkbau in Neustadt ist der Verein aktiv mit dabei. Für die Betreuung und konzeptionellen Ausrichtung ist der Verein durch eine Kooperationsvereinbarung mit der Stadt ausgewählt worden.

Durch ein Mitglied (StR) wurde angefragt, wie der Verein auf Leute zugeht und diese für seine Sportarten begeistert und sich bekannt macht.

Herr Andrae antwortete, dass sehr viel über Mundpropaganda läuft. Der Verein hat auch eine Internetseite. Es wurden Veranstaltungen z.B. Workshops für Schulen gemacht oder eine Beteiligung an Stadtfesten, Showprogramme etc. ist gegeben. Der Verein möchte im Netzwerk der Stadt und somit auch in den Quartiersrunden, hier vor allem in Neustadt mit arbeiten.

Herr Kogge fand es spannend, dass sich der Verein mit diesem Spektrum an Sportarten, die miteinander verbunden sind, gegründet hat. Er sprach an, dass Migranten in Halle besonders auch Neustadt eine größere Gruppe darstellen, inwieweit gibt es hier durch den Verein Kontakte.

Herr Andrae antwortete, dass sie sich als Verein für die breite Masse der Bevölkerung verstehen. Auf Grund der Individualsportarten gibt es keine festen Trainingszeiten wie in anderen Sportvereinen. Der Dialog mit den verschiedenen Gruppen floriert, sie kommen miteinander aus.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) ob es über den Dachverein auf Bundesebene auch Kontakte gibt und ob der Verein auch Mitglied im Stadtsportbund ist. Wie läuft die Finanzierung.

Herr Andrae antwortete, dass sie nicht im Landes- oder Stadtsportbund Mitglied sind. Es gibt verschiedene Dachverbände. Vor Ort gibt es regionale gute Kontakte. Insbesondere mit Leipzig und Berlin gibt es sehr gute Kontakte, auch bei Messen. Die Finanzierung erfolgt über Mitglieder, Sponsoren und dann auch über den Skatepark, welcher im Juli 2009 eröffnet werden soll. Sie fühlen sich als Verein auch für die Sauberkeit, die Öffnungszeiten zu Veranstaltungen u.a. Dinge im Skatepark zuständig und möchten auch Streetwork damit entlasten. Sie möchten auch die Vermarktungsrechte zur Vermietung an Unternehmen, so dass die Finanzierung zur Unterhaltung auch läuft. Zukünftig wollen sie sich auch der Arbeit mit behinderten Kindern annehmen .

Es gab keine weiteren Anfragen, so dass **Frau Hanna Haupt** sich für die Vorstellung des Vereins bedankte.

zu 7 **Beschlussvorlagen**

Heute lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 8 **Bericht Hilfen zur Erziehung (HzE) **Berichterstattung: Frau Brederlow, amt. Amtsleiterin Amt für Kinder, Jugend und Familie****

Frau Brederlow hielt eine Powerpointpräsentation zum Bericht HzE. Diese wird auch der Niederschrift angehängt werden.

Frau Brederlow sprach an, dass hinsichtlich der Familienstrukturen bei den Beratungsleistungen ein Anstieg bei den Alleinerziehenden zu verzeichnen ist. Auffällig ist, dass der Anteil der Ratsuchenden steigt, hier sind 43% aller Ratsuchenden Personen, welche im Leistungsbezug sind (Alg II). Problemlagen sind u.a. seelisch-geistige Störungen sowohl der Eltern als auch bei den Kindern; Drogen- und Alkoholmissbrauch. Zwischen 2003 – 2008 ist die Beratung bei Erziehungs- und Familienproblemen als auch Beratungen zum BSHG sehr angestiegen. Die Fallzahlen steigen, was bereits aus den Quartalsberichten HzE deutlich wurde. Im Dezember 2009 waren es allein 90 Hilfen mehr als im Januar 2009. Die Erhöhung der Fallzahlen resultiert u.a. auch aus den Auswirkungen des § 8a, hier erhöhter Bedarf an Hilfeleistungen). Die Durchschnittsfallkosten beim Einzelfall sind rückläufig. Im Bundesvergleich ist Halle in den HzE-Ausgaben höher als in anderen Städten. Deutlich ist, dass die stationäre Hilfeart zu hoch ist. Ziel ist es, dass die stationäre Hilfeart weiter sinken soll, für 2008 wurde eine Absenkung u.a. durch die Einrichtung von Frühwarnsystemen bereits erreicht. Der Anteil der HzE-Ausgaben für Familien ersetzende Hilfen liegt in Halle bei 78%, im Bundesdurchschnitt eindeutig zu hoch. Bei den alternativen Hilfen gemäß § 27.2 ist von 2007 bis jetzt ein enormer Anstieg zu verzeichnen. Im Fallzahlenbereich § 35a ist ein hoher Fallzahlenanstieg zu verzeichnen. Diese Fälle sind überwiegend im Sozialraum I (Mitte-Nord-Ost) und Sozialraum V (Heide-Nord) zu verzeichnen. Diese werden aber nicht unbedingt als die problematischen Bereiche angesehen.

Durch ein Mitglied (beratend) wurde angefragt, was sich hinter dem § 35 a verbirgt.

Frau Brederlow erläuterte dies (siehe Anlage HzE-Bericht).

Herr Kogge machte deutlich, dass es sich hierbei u.a. um Rechtschreibschwäche handelt. Da dies über das SGB VIII und nicht BSHG läuft stellen die Eltern hier vermehrt einen Antrag im Rahmen der Jugendhilfe. Wäre es ein Antrag nach BSHG würde es bereits eine Stigmatisierung nach „Behinderung“ erhalten und viele Eltern würden sich dann scheuen, hier einen Antrag zu stellen.

Frau Wießner erwähnte, dass sie hierzu bereits ein Schreiben an das Familienministerium gemacht hatte, da sie der Ansicht ist, dass hier nach BSHG zu verfahren ist. Die Antwort von Prof. Wiesner sagte aus, dass das Ministerium dies im SGB VIII belassen möchte.

Frau Brederlow sprach an, dass es ein Phänomen ist, dass es auf diesem Markt etliche Anbieter gibt. Das Angebot schafft Nachfrage. Dies ist nicht Aufgabe der Jugendhilfe sondern Schule. Hier gibt es bereits Gespräche zwischen Jugendamt und Schulpsychologen.

Frau Brederlow sprach an, dass die Entwicklung im Bereich der Inobhutnahmen zwischen 2004 und 2008 darstellt, dass der Anteil hier ständig wächst.

Besonders gravierend ist hierbei der Anteil der 0-13-jährigen, welche zur Inobhutnahme kommen. Problem ist hierbei, dass die 0-6jährigen vorwiegend bei Bereitschaftspflegeeltern untergebracht werden sollten, es aber hierfür zu wenig Familien gibt. Hier wird nach wie vor gesucht und geworben. Bei der Darstellung der Einnahmen aus „Elternbeiträgen“ wird klar, dass es immer weniger Eltern hier gibt, welche heran gezogen werden können. Die meisten Eltern sind sozial benachteiligte Eltern. Einen hohen Anteil der Ausgaben gibt es auch im Bereich des § 31 SGB VIII – Familienhilfe. Hier steht die Stadt Halle auch höher als der Bundesdurchschnitt hergibt.

Fazit: In den vergangenen Jahren hat durchaus ein Umbauprozess statt gefunden. Gesehen werden muss, dass es 13 Jahre gedauert hat. In den nächsten Jahren sind die Anstrengungen dahingehend, dass der Anteil der stationären Hilfen gesenkt und dafür die ambulanten Hilfen erhöht werden. Die bestehenden Angebote werden auf den Prüfstand gestellt. In der nächsten Sitzung wird zu den Diensten und Einrichtungen in der Jugendhilfe diskutiert und es muss gesehen werden, was in der Stadt Halle (Saale) noch gewollt ist.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) zu den Beratungsleistungen. Wie viel Beratungszeit wird als notwendig erachtet? Bleibt dann noch ausreichend Zeit für die Fallbesprechung?

Frau Brederlow antwortete, dass sich derzeit das Jugendamt auch mit diesen Fragen beschäftigt. Die Dauer der Beratungszeit muss auf den Einzelfall gesehen werden. Momentan ist genug Zeit für die Fallberatung, der Austausch mit anderen Kollegen und Fachkräften ist ein wichtiges Arbeitsinstrument. Es müssen Hilfeplangespräche, Gerichtstermine u.a. vorbereitet werden, was Zeit erfordert. Es muss gesehen werden, welche Anforderungen in nächster Zeit auf die Sozialarbeiter zukommen. Es gibt Veränderungen im § 8a, Veränderungen beim Familiengericht – hier arbeiten wir bereits nach dem Cochemer Modell.

Anfragen durch ein Mitglied (Fr. Träger) wie die Zusammenarbeit in den einzelnen Teams läuft und ob es herausragende Sozialräume/Gebiete gibt, wo ein hoher Anstieg an HzE zu verzeichnen ist und woran liegt dies?

Frau Brederlow antwortete, dass es in den nächsten beiden Sitzungen im JHA Berichte aus den Sozialräumen gehalten werden, die hierzu auch Aussagen enthalten.. Vieles ist auch von den Schulen abhängig, hier gibt es deutliche Unterschiede. Ein Anstieg an HzE ist im südlichen Innenstadtbereich zu sehen. Ein hoher Anteil liegt auch in Neustadt. In den Berichte zu den Sozialräumen wird dies näher dargestellt werden.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger), da vom Vergleich gegenüber Bundesdurchschnitt gesprochen wurde, wie hier die Vergleiche HzE mit Städten im Land Sachsen-Anhalt zu sehen sind.

Frau Brederlow antwortete, dass aus dem LSA erst die Zahlen von 2006 vorliegen, 2007 soll bis Mai da sein. Bspw. hat Magdeburg 2006 mehr Fälle aber weniger Kosten als Halle. Das wird in den Verhandlungen zur Grundsatzrahmenvereinbarung mit herangezogen werden.

Herr Kogge sprach an, dass nicht jedes Bundesland das Glück hat, über ein gut funktionierendes EDV-system zu verfügen. Sicher hat die Stadt Halle eine Spezifik. Im Rahmen des Austausches muss diskutiert werden, dass weitestgehend eine Umstellung von stationären auf ambulante Hilfen erfolgen muss. Es kann noch nicht in jeder Situation von Reduzierung gesprochen werden. Es müssen Vergleiche untereinander hinbekommen werden. Evtl. sind wir hier schon Ende d. J. weiter, dass ein gemeinsamer Erfolg hier zu verzeichnen ist.

Frau Brederlow brachte am Beispiel von Nutzern präventiver Angebote nach § 11 SGB VIII im Ressort Süd Zahlenbeispiele. Hier sind die Mehrheit der Nutzer der Angebote nach § 11 SGB VIII, nämlich 60%, Kinder und Jugendliche im Hartz IV-Bezug. Dies betrifft insbesondere die offenen, kostenfreien Angebote. Eine zweite Gruppe sind Familien, welche von Transferleistungen betroffen sind, dies macht ca. 25% aus. Von 2007 zu 2008 ist hier eine Zunahme dieser beider Nutzergruppen zu vermerken. 2008 wurde auch eine Zunahme von jüngeren Kindern in den offenen Treffs beobachtet. Diese Kinder sind nicht in Kita's oder Horten, da den Eltern wegen aufgelaufener Schulden gekündigt wurde bzw. die Kinder wegen finanzieller Probleme erst gar nicht angemeldet wurden. Dabei haben einkommensschwache Eltern Ermäßigungsanspruch, welche diese nur wahrnehmen müssen. Hier erfolgt eine gute Zusammenarbeit mit dem ASD. Der ASD hat einen erhöhten erzieherischen Bedarf für Ganztagsplatz in einigen Familien festgestellt, welches auch im Interesse des Kindes gewollt ist. Sie erörterte am Beispiel des DKSB und des SKV Kita gGmbH, hier Familienzentrum Bäumchen/Schöpfkelle die Zahlen hierzu.

Herr Kogge sprach an, dass insbesondere bei den §§ 11 und 13 SGB VIII eine „Rückendeckung“ benötigt wird und Unterstützung erfolgen muss.

Durch ein Mitglied (Fr. Träger) wurde angesprochen, dass ein ständiger Wechsel bei Familien mit niedrigem Einkommen besteht. Der Arbeitsmarkt bietet Dumpingplätze an. Viele Eltern sind zu stolz und nehmen Leistungen nicht in Anspruch, obwohl ihnen diese zustehen würden. Es gibt fleißige Leute, die teilweise bis zu drei Jobs annehmen und für ihre Kinder alles tun. Probleme sind die emotionalen und geistigen Notstände, auch Gewalt in Familien. Psychisch kranke Eltern benötigen dringend Unterstützung. In Umfragen muss auch dies alles berücksichtigt werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen waren, dankte **Frau Hanna Haupt** für den Bericht.

zu 9 Anträge von Fraktionen und Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Es lagen keine Anträge vor.

zu 10 Mitteilungen

Frau Hanna Haupt sprach an, dass allen Mitgliedern des JHA eine Einladung des Amtes für die am 01.04.2009 stattfindende Fachmesse zur Quartiersrundenarbeit vorliegt. Diese findet von 10.00 – 16.00 Uhr im Stadthaus statt.

Frau Brederlow informierte zum Stand Prioritäten Kita-Bau, hier gab es durch den Stadtrat am 31.12.2007 einen Beschluss. Es wurden die prioritären Kita's an das Ministerium gemeldet. Vom Ministerium wurden dann Kita's ausgewählt, inwieweit diese jetzt den Zuschlag erhalten, hängt von der Vor-Ort-Besichtigung durch Vertreter des Ministeriums ab. Das Ministerium hat in einer angenehmen Größe der Anzahl das Anliegen der Stadt Halle vorab berücksichtigt.

Herr Kogge machte deutlich, dass jetzt an dieser Liste festgehalten werden muss. Evtl. wird aus stadtplanerischer Sicht entsprechend der demografischen Entwicklung die Liste insgesamt nochmals

Ende des Jahres angesehen werden müssen. Er bittet darum, dass entsprechend der Liste hier nach Außen argumentiert wird und keine Fehlsteuerungen erfolgen. Es gibt diese Liste und diese soll Bestand haben.

Anfrage durch ein Mitglied (Fr. Träger) wann mit den Mitteln hierfür zu rechnen ist, da es zwingend notwendig ist, tätig zu werden.

Herr Kogge antwortete, dass 2009 50% der Mittel ausgegeben werden müssen, demzufolge muss die Planung auch so erfolgen. Die letzte Rechnung muss bis 31.12.2010 erfolgen, bis dahin müssen die Gelder abgefordert werden. Es geht um Beschäftigungsverhältnisse in diesem Programm.

Frau Brederlow sprach an, dass der Entwurf zum Krippenausbauprogramm vorliegt und alle Träger, die hierzu einen Antrag gestellt haben, darüber informiert wurden.

Herr Kramer teilte mit, dass die Villa Jühling Netzwerk zur Schulverweigerung ist. 2 Träger sind im Bewilligungsverfahren, 10 Träger haben den vorläufigen Maßnahmebeginn erhalten. Es wird davon ausgegangen, dass noch zwei weitere Projekte kommen werden. Insgesamt gibt es 15 Projekte im Bereich der Schulsozialarbeit.

Herr Kogge bat Herrn Kramer darum, ihm dies schriftlich als Information zukommen zu lassen. Herr Kramer sagte dies zu.

Frau Brederlow teilte mit, dass die Verwaltung zu dem in der letzten Sitzung beschlossenen Antrag von Frau Klotsch tätig geworden ist. Die LIGA hat ein Schreiben der Verwaltung erhalten und es wird am 09.03.09 ein Gespräch zu den Verhandlungen zur Grundsatzrahmenvereinbarung geben. Der beschlossene Zeitplan wird eingehalten.

Herr Kogge forderte die Träger, welche nicht in der LIGA sind und Fragen **zum § 77 SGB VIII** haben, auf, sich damit an das Jugendamt zu wenden.

Frau Brederlow informierte, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung eine Veranstaltung mit der Gewerkschaft Erziehung zum „Bildungskonvent“ am 28.03.09 von 10.00 – 18.00 Uhr in der Händelhalle macht.

zu 11 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es gab keine schriftlichen Anfragen.

zu 12 Arbeitsplanung

Die Arbeitsplanung hängt der Niederschrift an, wie festgelegt!

zu 13 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Es lag nichts an.

zu 14 Anregungen

Frau Ute Haupt regte an, die Problematik Jugendlicher unter 25 Jahre ohne Schulabschlüsse im JHA aufzugreifen. Dies war jetzt auch im Aufsichtsrat der ARGE ein Thema. Es gibt Maßnahmen durch die ARGE zum Nachholen dieser Schulabschlüsse. Kann dies thematisiert werden.

Frau Brederlow antwortete, dass über diese Thematik intensiver gesprochen werden muss. Evtl. kann dies auf die TO im JHA Mai . Hier muss noch genau geprüft werden, ob dies umsetzbar ist für Mai, da dies die letzte Sitzung in der alten Legislaturperiode ist und die TO entsprechend sein wird. Spätestens im Herbst wird es auf jeden Fall auf die TO genommen, wenn es jetzt nicht mehr machbar ist.

Frau Gellert sprach an, dass es ein großes Problem ist, dass viele Eltern ihre Kinder aufs Gymnasium bringen wollen, obwohl die Kinder damit überfordert sind und oftmals die Kinder mehr Erfolge auf der Realschule hätten. Hier muss verstärkt durch die Einrichtungen und Mitarbeiter Einfluss auf die Eltern genommen werden, um im Interesse des Kindes hinzuwirken.

Frau Gellert fragte zum Stand des Gespräches Jugendamt ARGE an, diese Frage hatte sie im letzten JHA gestellt.

Frau Brederlow antwortete, dass es ein Gespräch gab und der Stand hierzu der Niederschrift angehängt wird.

Frau Gellert sprach einen Fall an, wo die Mutter verunfallt ist und der Vater dringend eine Entscheidung betreffs erhöhter Stundenanzahl zur Kita-betreuung benötigt. Sie bittet hier um eine kurzfristige Bearbeitung, da dies ein Notfall ist. Die Verwaltung sagte dies zu.

Frau Gellert sprach an, dass es immer einen Austausch mit der Partnerstadt Oulu gab. Ist dieser Austausch noch gewünscht und wenn ja, wird dies dann auch durch die Stadt gefördert. Sie benötigen hierzu dringend eine Antwort.

Herr Kogge sagte dies zu.

Gez. Hanna Haupt

Ausschussvorsitzende

Uta Kaupke

Protokollführerin